

AUFBAU OST

In der Solidarpaktfalle

Billionen Euro sind seit 1990 von West nach Ost geflossen, doch Ostdeutschland bleibt abhängig. Jetzt sagen Forscher: Wachstum müsse aus der Region selbst kommen.

VON Alexandra Endres | 18. März 2010 - 07:03 Uhr

© Peter Endig/dpa



Ein Marktführer aus Ostdeutschland: Die Sektkellerei Rotkäppchen-Mumm in Freyburg. Viele Unternehmen in Ostdeutschland sind bloße Filialen westdeutscher Konzerne. Rotkäppchen ist eine Ausnahme

Ostdeutschland steckt in der Entwicklungsfalle, sagt Ulrich Busch – trotz jahrzehntelanger Zahlungen aus dem Westen, die doch eigentlich den Aufschwung bringen sollten. Busch erforscht die Entwicklung des Ostens an der Technischen Universität Berlin. Rund 1,3 Billionen Euro seien seit der Wiedervereinigung von West nach Ost geflossen, schätzt der Ökonom: eine immense Summe, doch der Erfolg der Transfers sei begrenzt.

"Die Gelder verhindern eine soziale Katastrophe, bewirken aber keinen nachhaltigen Aufbauprozess", sagt er. Zu wenig werde investiert, zu viel flösse in den Konsum. Der westdeutschen Wirtschaft habe die zusätzliche Nachfrage den Wiedervereinigungsboom und langfristig höheres Wachstum beschert – der Osten aber hänge fest. "Dass über die Transferleistungen der Aufbau Ost gelingen könnte, darüber zu diskutieren, ist eigentlich irrelevant", sagt Busch. Die Zahlungen zementierten die Unterschiede eher, statt sie zu verringern.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung, 15 Jahre nachdem Ostdeutschland in den Länderfinanzausgleich integriert wurde, scheint klar: Transfers aus dem Westen reichen nicht aus, um die Entwicklung des Ostens zu befördern. Neue Wachstumsimpulse müssten her, und zwar aus Ostdeutschland selbst. Doch wo könnten sie entstehen?

Die Diskussion ist brisant, weil der Westen mittlerweile selbst über Geldmangel klagt. Viele Kommunen, vor allem in NRW, im Saarland und in Rheinland-Pfalz, erhöhen die Steuern, so gut sie können. Für ihre Dienstleistungen verlangen sie mehr Geld von den Bürgern. Sie schließen Einrichtungen, weil es ihnen nicht mehr möglich ist, den Betrieb zu finanzieren, oder verkaufen sie gleich ganz an private Investoren: Waltrop beispielsweise, das nicht mehr selbst über seinen Haushalt entscheiden darf. Oder Wuppertal, dessen Oberbürgermeister vor lauter Verzweiflung die strikten Sparpläne, zu denen er sich gezwungen sieht, im Detail veröffentlichte. Wenn die innerdeutschen Verteilungskämpfe durch die Finanzkrise stärker werden, wie Experten es prophezeien, dann wird auch der Aufbau Ost wieder zur Debatte stehen. Erst recht, wenn Forscher an seiner Wirksamkeit zweifeln.

Unter Ökonomen ist Ulrich Buschs These jedoch umstritten. "Der Aufbau Ost war nicht vergebens", sagt Karl-Heinz Paqué, Wirtschaftsforscher an der Magdeburger Universität. Immerhin stehe Ostdeutschland weit besser da als die benachbarten Länder Osteuropas. "Unterm Strich ist die Bilanz des Solidarpakts natürlich positiv", sagt auch Udo Ludwig, Volkswirt am Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH. Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West sind jedoch nicht wegzudiskutieren, das wissen auch Ludwig und Paqué. Die ostdeutsche Wirtschaft ist weniger produktiv als die westdeutsche. Die Wertschöpfung ihrer Unternehmen ist im Allgemeinen geringer.

"Zwischen Ost und West gibt es eine fundamentale Innovationslücke", sagt Paqué. Statt über Transfers zu diskutieren, müsse man deshalb darüber sprechen, wie die ostdeutschen Betriebe erfinderischer werden könnten.

Doch das scheint leicht gesagt und schwer getan. Viele ostdeutsche Unternehmen sind gar nicht in der Lage, sich um mehr Erfindergeist zu bemühen: Sie gehören zu auswärtigen Konzernen, die Forschung und Entwicklung vornehmlich in der Zentrale betreiben. Dort findet auch die höchste Wertschöpfung statt. Andere ostdeutsche Firmen, vornehmlich kleine und mittelständische Betriebe, sind zwar eigenständig, taugen aber kaum für die Rolle der Modernisierer. Ihre Ausrüstung ist in der Regel nicht so modern wie die vergleichbarer Betriebe im Westen, sie arbeiten weniger effizient und betreiben weniger Forschung und Entwicklung.

Hinzu kommt in wenigen Jahren ein weiteres Problem: der Fachkräftemangel. Der bereitet zwar auch Unternehmern im Westen Sorge, im Osten aber wird er ganz besondere Ausmaße annehmen. Dort haben vor allem die Angehörigen der mittleren Jahrgänge die Entlassungswelle der neunziger Jahre überstanden und sind mit ihren Arbeitsplätzen gealtert. Jetzt gehen sie bald in Rente, und es fehlt an jungem Personal, um sie zu ersetzen.

"Ostdeutschland steht vor einem dramatischen Umbruch", sagt der Soziologe Michael Behr von der Universität Jena. "Bis 2015 halbiert sich die Zahl der 18- bis 25-jährigen potenziellen Nachwuchskräfte, während die Zahl der Renteneintritte von Wissens- und

Erfahrungsträgern deutlich zunimmt." Mangelt es aber an Fachkräften, wird es für die Firmen noch schwieriger, die Lücke zum Westen zu schließen.

"Die Strukturen, die in Ostdeutschland entstanden sind, sprechen nicht für ein weiteres Aufholen", gesteht auch Udo Ludwig ein. Aus seiner Sicht ist das eine direkte Auswirkung der Treuhandpolitik der neunziger Jahre, deren übergeordnetes Ziel es war, die ostdeutschen Betriebe möglichst schnell zu privatisieren. Teilweise reichen die Ursachen noch weiter zurück in der deutschen Geschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wanderten viele Traditionsunternehmen von Ost nach West. Siemens beispielsweise verließ Berlin und zog nach München. "Zu glauben, dass diese Unternehmen in den Osten zurückkehren, wäre eine totale Illusion", sagt Ludwig. Den Verlust der Traditionskonzerne aber kann keine Transferzahlung wettmachen.

Der Hallenser Forscher sieht deshalb nur eine Chance, eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung im Osten in Gang zu setzen. Er schlägt vor, die knappen öffentlichen Fördergelder bevorzugt an die Gruppe der unabhängigen ostdeutschen Unternehmen zu geben, also eher nicht an die Filialen großer Konzerne aus dem Westen. Ihre Voraussetzungen, kräftig zu wachsen, sind zwar deutlich schlechter als jene von innovativen Großkonzernen wie Siemens. Gelänge es jedoch, sie zu stärken, würde hiervon die ganze Region profitieren. Vielleicht liegt darin tatsächlich die Chance des Ostens.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/aufbau-ost-west-transfer>